

Ciibetor Wolfsbote

Organ für die Interessen der werländigen Bevölkerung

Der "Ciibetor Wolfsbote" erscheint täglich nachmittags souffre an Sonn- und Feiertagen und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfg.

Rédaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon 826.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechseckig geformten Anzeigen oder deren Raum 25 Pfg. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg. auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 32.

Mittwoch, den 7. Februar 1917.

24. Jahrg.

Seefrieg und Seerecht.

Die Kampfmethode zur See, zu der sich der Weltkrieg nach dem Fehlschlagen der Friedensvermittlung jetzt gesteigert hat, ist in ihrer rechtlichen Gültigkeit höchst umstritten. Während sich die Waffen meijen, führen zugleich die Rechtslehrer und die Diplomaten einer juristischen Prozeß um das Tauchboot und der ideale Gerichtshof, vor dem sie Klage und Einrede vorbringen und um den Sieg ringen, sind die neutralen Völker und allen voran die Vereinigten Staaten von Amerika.

Nicht aus bloßer Menschlichkeit oder aus doctrinärer Rechtshaberei wird mit solcher Leidenschaft Partei genommen. Menschliche Rücksicht hat überhaupt im dritten Kriegsjahr allen Kurs eingebüßt, zudem sind die Menschenopfer, die diese Kriegsart fordert, im Vergleich zu den Heldenmorden des Landkrieges — wenigstens bisher — gering, und die Rechtshaberei ist mit dem allgemeinen Schwinden des Rechtsbewußtseins in einer Zeit, wo die Macht auch sonst so schwindungslos mit den erworbenen Rechten umgeht, mangels eines festen Gegenstandes für ihren Eifer verlustlos geworden.

Gewichtige Interessen der Neutralen stehen außerdem im Spiele, wie der Krieg ja überhaupt immer mehr neutralen Boden, neutrales Gut und neutrales Recht in Mitteileidenschaft zieht. Das Kriegssziel des Tauchbootskampfes ist die Aushungerung Englands, Frankreichs und Italiens, die physische wie die industrielle Aushungerung Englands soll die Brotrucht und die gesamte Lebensmittelzufuhr Frankreich und Italien die Kohlenzufuhr entzögeln werden. Das Mittel hierzu ist die schonungslose Verwüstung der Handelsfahrzeuge samt ihrer Ladung. Diese Ladung ist überwiegend der Schiffspark größtenteils neutralen Gutes. Die Weltmächte haben nämlich durch Güte oder durch Gewalt oder vermöge des eigenen Interesses die Handelsfahrt der ganzen neutralen Welt in ihren Dienst geholt. Diese Schiffe sind mit Vernichtung bedroht, wenn sie nicht vorziehen, in die Heimatshäfen zurückzukehren und still zu liegen, bis der Friede kommt.

Das eine steht nun vorweg fest: die Neutralen erleiden Unrecht. Die alte Ordnung zur See hat ihnen die Freiheit der Meere und die Sicherheit ihrer Fahrzeuge samt Ladung auch im Kriege — einige Sonderfälle ausgenommen — garantiert. Und nicht nur den neutralen Völkern, auch dem Privatmann und Privatbesitz eines kriegsführenden Staates bot die alte Seerechtsordnung Schutz, seitdem der Rechtsstaat durchgedrungen war, daß nur der Staat mit dem Staat, der Soldat mit dem Soldaten, nicht aber der freie Bürger mit dem Bürger auf dem Boden des Privatrechts Krieg führe.

Dieser humane Rechtsatz stand unmittelbar vor diesem Kriege seiner abhängigen Verwirklichung nahe in der Londoner Seerechtsdeklaration. Der Krieg hat all diese Ansätze zerstört und im Seekriegsrecht uns hinter den Zustand des achtzehnten Jahrhunderts zurückgeworfen.

Stück für Stück wurde abgetragen. Noch am 20. August 1914 hatte England erklärt, sich an die Bestimmungen der Declaration halten zu wollen, und anscheinlich schien sie — obwohl durch die Schuld des englischen Oberhauses noch nicht geltendes Recht — sich durch ihre innere moralische Autorität zu erhalten. Da die Weltmächte den Aushungerungskrieg gegen Deutschland beschlossen, wurde zuerst vorsichtig, später immer füher in das alte System Bresche gelegt. Die Weltmächte beherrschten die See mit ihren Kriegsfahrzeugen und müßten diese Übermacht aus. Darauf wurde der Begriff Bonnware (Kontrebande, die auch auf neutralem Schiff weggenommen werden kann) auf Waren ausgedehnt, die früher als Kriegsmittel niemals gegolten hatten. Alles und jedes war nun Bonnware und konnte beschlagnahmt werden, wenn es für den Feind bestimmt war. Diese Maßregel blieb jedoch wirkungslos, da die Weltmächte — damals noch — auf allen Kontinenten an neutrale Kleinstaaten grenzten und neutrales Gut auf neutralem Schiffe mit einer neutralen Bestimmungstation früher ganz unbehelligt bleiben mußte. Da halfen sich die Weltmächte mit der Theorie der „fortgesetzten Reihe“. Die Worte wurde in Spann getan, wenn sie nur im Vertrag waren, später die Reise in Feindestand fortzusetzen. Unter diesem Vorwand zwang man den neutralen Staaten die englische Kontrolle ihres insländischen Verkehrs und Konsums auf. Niemals früher hätten sich souveräne Staaten das gefallen lassen, die Neutralen trugen es es dennoch und erduldeten die Einschränkung ihres Handels nach der einen Seite, da dieser wenigstens nach der anderen überreich und höchst lohnend beschäftigt war.

So falscher sich die britischen Berechnungen über die Kriegszeit in der Deutschland ausgehungert sein müsse, erwiesen, desto schärfer zog England den ungünstigen Ring an. Am 2. November 1914 erklärte die britische Admiralität die Nordsee als Kriegsgebiet und als blockiert, dehnte also den Begriff der Blockade ganz unobhüglich aus. Nach altem Rechte konnten nur Häfen und Küstenstriche blockiert werden und diese Blockade mußte effektiv sein. In den blockierten Häfen hat überhaupt kein Schiff Zutritt, einerlei wem es gehört und was es verträgt. Diese Maßregel kann selbst von dem wohlwollendsten Beurteiler mit irgend einem Rechte nicht mehr in Beziehung gebracht werden. Denn England verbot die Nordsee, also ein offenes Meer, allen

Schiffen schlechtweg und zwang die neutralen Schiffe, den Suezkanal, also eine enge, dem Feinde nähere Straße, in einer schmalen Rinne zu durchfahren, um sie leichter zu kontrollieren. Die Neutralen — auch Amerika — ließen sich das gefallen. Diese Maßregel erwies sich eben darum auch als sehr wirksam und diese widerrechtliche Absperrung wurde Deutschland auch in hohem Grade fühlbar. Von Anfang November 1914 bis Mitte Februar 1915 zögerte Deutschland mit Abwehrmaßregeln. Das tatsächlich erfahrene Unrecht konnte durch kein Mittel beseitigt werden und Mitte Februar entschlossen sich die Weltmächte zu dem einzigen offenen Wege der Wiedervergeltung: in einer Erklärung, die sich selbst im Wortlaut genaß an die britische Kordseeerklärung anlehnt, wurde das ganze Gebiet um Großbritannien als Kriegsgebiet erklärt und die neutrale Schiffahrt gewarnt, es zu beschränken. Unrecht, wenn kein anderes Mittel geboten ist, durch Unrecht zu vergelten ist seit jeher das Recht des Verletzten, ein trauriges und verhängnisvolles Recht, aber immerhin kein Recht.

Wie aber wollte Deutschland die Blockade durchführen, da seine Kriegsschiffe keineswegs hinreichen, Großbritannien effektiv zu blockieren? Hier trat nun die neue Waffe des Unterseeboots im Handelskrieg zum erstenmal auf den Plan. Nicht als Mittel des Angriffs, sondern als Mittel der Wiedervergeltung, wie die deutsche Note an die Vereinigten Staaten vom 17. Februar 1915 sagt, als „eine lediglich durch Deutschlands Lebensinteressen erzwungene Gegenwehr gegen die völkerrechtswidrige Seekriegsführung Englands.“

Für jeden Kenner des Rechts ist nun klar, daß Handlungen der Wiedervergeltung zu ihrem Tatbestand objektives Unrecht haben, das durch die Umstände subjektiv gerechtfertigt wird. Daß Aushungerung ein Volk in seinem Dasein bedroht, ans Leben geht und, zumal wenn sie mit rechtswidrigen Mitteln verübt wird, zur Wiedervergeltung zwingt und müßte sie selbst mit sonst verbotenen Mitteln erstrebt werden, wird das natürliche Rechtsbewußtsein ebenso wie die Rechtslehre bejahen müssen. Soweit, was den Streit zwischen den Kriegsführenden selbst betrifft. Anders aber steht es im Verhältnis zu den Neutralen, denn diese sind jedenfalls als kaum beteiligte Dritte schuldlos getroffen und tatsächlich lehnen sich die Vereinigten Staaten sofort und sehr wirksam zur Wehr, insbesondere nach der Versenkung der „Lusitania“. Die Verhandlungen, die im Frühjahr

1915 zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten stattfanden, sind noch in aller Erinnerung.

Bei der rechtlichen Beurteilung der Frage darf demnach nicht übersehen werden, daß es sich vor allem dabei um das Recht der Mittelmächte gegen die feindlichen Kriegsführenden ist unbestreitbar. Am 4. Mai 1915 gab dann die deutsche Regierung insofern nach, daß sie die Wiedervergeltung durch die Tauchboote einschränkte auf die im Kreuzerkrieg seit jeher üblichen und völkerrechtlich zulässigen Kampfhandlungen, das ist auf die Anhaltung des feindlichen Dampfers durch Warnungsschuß, Ordnungsmäßige Durchsuchung der Fracht, Ausbringung in einen Heimathafen und Befreiung nur, wenn eine solche unfeindlich ist, endlich nach Möglichkeit Bergung der Mannschaften. Diesen Kreuzerkrieg mit U-Booten hat seitdem Deutschland geführt.

Diese deutsche Erklärung enthält aber einen wichtigen Vorbehalt, der im wesentlichen besagt: Auf Eintheiten Amerikas gehen wir zurück auf das alte Recht, wir erwarten zugleich, daß nunmehr die Vereinigten Staaten auch England auf das alte Recht zurückzuführen sich bemühen werden, wäre das nicht der Fall oder erfolglos, so stünden wir vor einer neuen Tatsache, die neue Entschlüsse fordert. Dieser Vorbehalt hat sich tatsächlich als wirkungslos erwiesen. England hat auch nicht einen Schritt zurückgetan, hat vielmehr noch seine Kaufahrtschiffe bewaffnet. Damit ist neuerlich eine unerträgliche Ungleichheit eingetreten und kein Neutraler kann fordern, daß altes Recht nur für einen der Kampfseite gelte. Wicht und Interesse hätten den Neutralen längst geboten, um zur Wiederherstellung der Freiheit der Meere zu einer geschlossenen Macht neuen beiden Kriegsführenden zu vereinigen. Das Ausbleiben auch nur eines Versuches dazu, die tatsächliche Ungleichheit und die Verschärfung der Aushungerungsgefahr geben den Weltmächten dem Rechte nach völlig freie Hand.

Somit ist die U-Boots-Frage heute keine Rechtsfrage mehr, sondern bloß eine Frage der technischen Wirksamkeit und der politischen Klugheit. In beider Hinsicht ist sie seit langem viel umstritten. Denn es gibt niemand, der über sie technisch ein völlig zuverlässiges Urteil abzugeben könnte, und wenige, die alle politischen Folgen heute schon abschätzen könnten. Über aller Technik jedoch und über aller Politik steht das menschliche Gefühl, nur hat es leider im Kriege wenig zu sagen und noch weniger geltende Macht.

Der verschärzte U-Boot-Krieg und seine Folgen.

Die Situation hat sich auch heute gegenüber den beiden letzten Tagen nicht verändert. Die sofortige Gefahr eines Krieges ist dadurch, daß der verdeckte amerikanische Dampfer „Housatonic“ gewarnt, und weiter die Mannschaft human behandelt ist, abgewendet. Es scheint sich auch in den Vereinigten Staaten die Meinung durchzubrechen, daß der Eintritt von Feindseligkeiten nicht wahrscheinlich sei, falls nicht ein unvorhergesehener Zwischenfall eintrete. Von einer Kriegsinstanz kann nach den vorliegenden Meldepflichten in Amerika keine Rede sein. Die vereinfachten Leute — und die sind in Amerika stark vertreten — wünschen keinen Krieg mit Deutschland. Das geht u. a. auch daraus hervor, daß in einer von der amerikanischen Neutralitätskonferenz nach dem Madison Square Garden einberufenen Versammlung Bryan von 5000 Personen, lautet Beifall gespendet wurde, als er sagte, es sei Pflicht Amerikas, dem Krieg fern zu halten, wenn es nicht tatsächlich angegriffen werde. Bryan sagte: Keine Nation hat uns bisher herausfordert und ich glaube, es ist nicht wahrscheinlich, daß es eine tun wird. Wenn aber einer in der Erregung uns zum Kriege herausfordern sollte, so denke ich, wir sollten antworten: Nein! Bryan wurde nochmal applaudiert, als er sagte: Wenn irgendeine Nation auf dem Wege zum Frieden die Führung übernehmen muß, warum nicht die unsige?

Der New Yorker Vertreter der „Frankl. Ztg.“ lobt Bryan für seine Fähigkeit zur Bewahrung der Ruhe und des Friedens. Er erklärt, wenn die Krisis akut werde, müßte eine Volksabstimmung über die Kriegserklärung vorgenommen werden.

Natürlich bereitet sich Wilson auf alle Eventualitäten vor. Er berichtet sich mit dem Kriegs- und dem Marineminister über die Einstellung von Verbündeten, durch die die Regierung ermächtigt wird, wenn nötig, die Schiffswerften, Munitionsfabriken und andere Kriegsbetriebe unter ihre Kontrolle zu bringen.

Aus Basel erfuhr die „Frankl. Ztg.“: Nach einem Bericht des „Temps“ aus Neu York treffen die Vereinigten Staaten alle notwendigen Vorbereitungen, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Der Heldengipfel in Amerika und der Arme und der Kriegsamt haben umfänglich einen Plan für die Zeit, in der England verbot die Nordsee, also ein offenes Meer, allen

weil Millionen Mann jedes Jahr. Während dieser Periode (d. h. während des einen Jahres) wird kein Soldat nach Europa geschickt werden. 2. Ein Bundesgesetz für den obligatorischen Militärdienst und die Einberufung der drei ersten Klassen unter die Fahnen. 3. Die Errichtung von Exerzierplätzen in jedem Einzelstaate. 4. Die schlaunige Organisation der Munitions- und Materialproduktion. Dieser allgemeine Plan beruht auf dem gleichen Prinzip wie der Plan Japans, das seine Truppen auch Europa gewidmet hat, wohl aber sie für alle Fälle bereit hält.

Der frühere Präsident Taft verlangt die sofortige Einführung der allgemeinen militärischen Dienstpflicht.

Die Entschließung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland im amerikanischen Senat endigte mit folgenden Worten: „Der Senat billigt die Bemühungen des Präsidenten, wie sie in seiner Botschaft an den Kongress dargelegt wurden.“ Man trifft Maßnahmen, den Grafen Bernstorff von sämtlichen Konsuln und Konsularbeamten, im ganzen über 300 Personen, begleiten zu lassen. Sie werden über Kuba und Spanien reisen.

Wilson erließ eine Belohnung, worin auf Grund des Schiffsahrtsgesetzes amerikanischen Reedern verboten wird, Schiffe unter fremde Souveränität zu stellen, und nahm das mit dem Veto des Präsidenten dem Kongress zugegangene Einwanderungsgesetz, das für Einwanderer eine Visa- und Schreibprüfung vorschreibt, mit 63 gegen 19 Stimmen an. Die Debatte steht als Repräsentantenhaus die Vorlage bereits angenommen hat, wird sie automatisch Gesetz.

Reuter meldet aus New York: Die Unterbringung der Besatzungen der im New Yorker Hafen liegenden deutschen und österreichischen Schiffe nach der Einwanderungsstation auf Ellis-Giland begann. Die Besatzung der „Kronprinzessin Cecilie“ wurde auf eigene Ansuchen an Bord anderer deutscher Schiffe gebracht.

Nach einem Telegramm aus Manila wurden in Kuba drei deutsche Dampfer, darunter „Prinzessin Alice“, und in Zamboanga ebenfalls drei deutsche Dampfer beschlagnahmt. Die Beschlagnahme wurde von Marineoffizieren als Kern für die Infanterie und der Infanterie der Südburgen vorgenommen.

Ausstellung eines konservativen Bewerbers verzichten. Sie hatten jedoch alle Bürgen und Kreisangehörige, gewissenhaft dafür zu sorgen, daß keine Stimme dem von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft aufgestellten Schriftsteller Mehring zufällt. Denn die neu entstandene Partei der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft hat streitig den Burghütern gebracht und im Reichstag die Stirn nebst, die für unser Durchhalten und unsern Sieg erforderlichen Mittel zu verweigern. Darum ihr Männer von Potsdam-Osthavelland-Spandau wählt keinesfalls Mehring!"

Aus Elberfeld und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 7. Februar.

Herr Scheidemann in Lübeck. So überschreiben die „Lübeckischen Anzeigen“ einen Artikel, in dem sie heute morgen die volle Stärke ihres aldeutschen Hornes über unsern Genossen ausspielen, weil er sich erdreistet hat, hier eine sehr verständige und notwendige Rede zu halten, die von Lübeckenden sehr heftig aufgenommen wurde. Amal teilt das Amtsblatt, im Gegensatz zum „General-Anzeiger“ und den „Lübecker Nachrichten“, die objektive Berichte bringen, seinen Lesern noch nichts von den sachlichen Ausführungen Scheidemanns mit, aber es behält sich vor, einzelne Teile der Rede im Wortlaut wiederzugeben und an ihnen die ganze Haltlosigkeit des Scheidemannischen Scheinrundes darzutun.“ Da haben denn nach die Abonnenten der „Lübeckischen Anzeigen“ noch ein Fest in Aussicht. Vorläufig müssen sie sich mit einem recht geschmaclosen Ragout abseihen lassen, aus dem wir diese Probe wiedergeben wollen:

Es war das alte Spiel, mit Schlagwörtern und wütenden Beschimpfungen gegen den Gegner anzugehen, seine Neuerungen zu verbrechen, ihm andere unterzulegen und ihm dann diese politischen Sünden mit dem Brustton der Überzeugung selbst vorzuwerfen. Dieses Spiel ist gefährlich, weil es den Anschein hervorruft, als gäbe es eine Uneinigkeit im Lande. Dieses Spiel ist gefährlich, weil es Hunderte gibt, die wohl Verständnis für Schlagworte, nicht aber für Logik haben. Dieses Spiel ist gefährlich, wie jede Art von Demagogie. Für sie sollte in einem Kriege, den das deutsche Volk um Sein oder Nichtsein führt, kein Platz sein. Wenn wir den vaterländischen Teil der Rode des Herrn Scheidemann ganz ernst nehmen sollen, dann müßte Herr Scheidemann von der Bildfläche des politischen Lebens verschwinden. Das wäre die erste logische und politische Tat, die er in seiner Laufbahn getan hätte.“

Der Wunsch, daß Genosse Scheidemann von der Bildfläche des politischen Lebens verschwinden möchte, ist bei den Aldeutschen durchaus verständlich, denn er ist es besonders, der ihre Erüberungspolitik, dieses gerade in dieser Zeit doppelt gefährliche Spiel, das die Einigkeit im Lande am schlimmsten bedroht, bekämpft; er ist es auch, der den Nachweis liefert, daß innerpolitische Gründe die Triebkräfte sind, die für die Haltung der Aldeutschen, die keine staatsbürgersche Gleichberechtigung wollen, den Ausfall geben.

Der Bürgerausschuß genehmigte oder befürwortete unabhängig die Senatsanträge betr. Rendierung des mit der Fluorex west Lübeck-Torvalmünde abschlossenen Vertrages; Abblum einer Abstimmungsumme von 4298 51 M. an Stelle der Delegation von Papierholz; Übertragung der Verwaltung der Wirtschafts- und Kontrahente der Stadthalle auf die Theatervererde; Bevollmächtigung von 750 M. für Kriegsteuerungsablagen an Beamte und Angestellte mit einem Gehalt bis zu 2000 M., deren auf die letzte Steuerungsumme von 100 M. nur 75 M. angekündigt werden sollen; Bevollmächtigung von weiteren 2000 M. in Errichtung eines Kinderheimes im Hause Schildstraße 12; Nachbesserung von 4000 M. auf die Kosten zur Herstellung einer kleinen Rückwärtstrasse über den Kanalhafen im Zuge des ehemaligen Eisenbahndamms.

Bestandsaufnahme der Kartoffelvorräte. Vom Kriegsernährungsamt wird amtlich mitgeteilt: Auf die Getreidebestandsabrechnung, die für den 15. Februar 1917 angeordnet ist, folgt die durch die Bekanntmachung des Herrn Reichskanzler vom 3. Februar 1917 angeordnete Aufnahme der Vorräte an Kartoffeln für den 1. März 1917. Die Vorratsabrechnung ist eine allgemeine und erstreckt sich sowohl auf das Lande bei den Erzeugern und in den Städten bei der Verbraucher als befindlichen Kartoffelvorräte. Die Vorratsabrechnung ist als Unterlage für die in der Frage der Kartoffelversorgung zu treffenden Entscheidungen unerlässlich. In unmittelbarem Anschluß an die Bestandsaufnahme findet eine Prüfung der angezeigten Mengen innerhalb der Kommunalverbände durch beauftragte Sachverständige statt. Diese Prüfung wird in ähnlicher Weise vorgenommen werden, wie sie im Anschluß an die Bestandsaufnahmen für Getreide angeordnet ist. Zur Erreichung eines zuverlässigen Ergebnisses wird der Schwerpunkt der Kartoffelbestandsabrechnung in diese, unmittelbar an die Erhebung sich anschließende Nachprüfung zu legen sein. Die Vertrauensmänner und örtlichen Kommissionen, welche bei der Nachprüfung der Getreidebestandsabrechnung mitzuwirken haben, werden daher auch für die Nachprüfung der vom Einzelnen angezeigten Kartoffelmengen in umfangreicher Weise herangezogen werden.

Es ist Pflicht jedes einzelnen, die von ihm erforderten Anzeigen über die Kartoffelvorräte mit großer Gewissenhaftigkeit zu erstatten.

Europas niedrigste Temperaturen. Die zahlreichen milden Winter der letzten Jahre haben uns so verwöhnt, daß uns der strenge Frost dieser Tage abnorm erscheint. Doch das ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, durchaus nicht der Fall; auf 10 bis 15 Grad unter Null müssen wir in unserem an sich durchaus noch gemäßigten Winter immer gesetzt sein. Die genannten Ausnahmen haben diese Grenze freilich weitaus überschritten; so war es während der vergangenen Woche in Thüringen außordentlich kalt, und Erfurt hatte beispielsweise zu Beginn der vierten Januarwoche 22 Grad Kälte. Ebenso kalt war es in Gotha, kurz darauf auch in Plauen. Die letzten Tage haben stellenweise sogar noch eine weitere Verschärfung des Frosches im Gefolge gehabt; so brachte es München am 29. Januar auf 25 Grad unter Null, und ebenso kalt war es an diesem Tage in Marggrabowa. Dort, in Masurien, befindet man sich ohnehin in Deutschlands kältester Gegend; das larmatische Steppenklima, dem Russland seine strengen Winter verdankt, macht sich ebenso in Masurien noch mit aller Schärfe geltend. Es vergeht kaum ein Winter, in dem dort das Quecksilber nicht auf 20 bis 25 Grad fällt, ja sogar noch tiefer sinkt; weiter westlich bilden derart niedrige Temperaturen aber eine mehr oder weniger seltene Ausnahme. Eine solche Ausnahme haben wir in Deutschland zuletzt vor genau 5 Jahren erlebt; es waren die Tage des 4. und 5. Februar 1912, in denen als Abschluß einer vierwöchigen Kälteperiode fast im ganzen Lande außerordentlich strenger Frost herrschte. So fiel am 5. Februar 1912 auf 20,3 Grad Celsius unter Null, die tiefste

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 7. Februar. (Amtlich)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Nur an wenigen Abschnitten erhob sich infolge ungünstiger Takt die Geschäftstätigkeit über das gewöhnliche Maß.

Südwestlich von Seunheim griff vormittags eine französische Kompanie nach starkem Feuer an. Sie wurde abgewiesen und ließ mehrere Gefangene in unserer Hand.

Bei erfolgreichen Erkundungsvorstößen nahe der Küste, beiderseits der Aare, an der Nordostfront von Verdun und im Parowwald (Lothringen) wurden 60 Gefangene gemacht und 3 Maschinengewehre erbeutet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold v. Bayern.

An der Bresina drangen Stoßtrupps in die feindliche Linie und lehrten nach Zerstörung von Unterständen mit zwei russischen Offizieren, 50 Mann und 9 Minenwerfern zurück.

An der Bahn Kowel-Buk hatte ein Vorstoß von Sturmtruppen voller Erfolg. Dort wurden 18 Gefangene und 1 Maschinengewehr aus den russischen Gräben geholt.

Front des Generalobersten Erzherzog Josefs.

Nordöstlich von Kirsi Baba schickte der Angriff von zwei feindlichen Kompanien.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Wüngs der Putna und Sereth nahm zeitweilig das Artilleriefeuer zu. Mehrfach kam es zu Vorfeldgeschießen.

Mazedonische Front.

Zm Cernabogen und auf beiden Werdausern eine starke Feuerwelle bei sonst geringer Geschäftstätigkeit.

Der Erste Generalquartiermeister: Budendorff.

Temperatur, die dort je beobachtet worden ist. Gleichzeitig hatte Leipziger 26, Bromberg 28, Schwerin und Graudenz 27 Grad Kälte. In jenen Tagen bildeten sich auch in der westlichen Ostsee starke Eismassen, in denen viele Handelsfahrzeuge eingeschlossen und ortsfremd in schwere Seenot gerieten. Noch kälter als vor einigen Jahren war es frischweise im Dezember 1899 und namentlich im Januar 1899. Überhaupt muß man ziemlich weit zurückgreifen, um die allerhäufigsten Tage zusammenzutragen, jene Tage, von denen man nach hundert- bis zweihundertjähriger Erfahrung sagen kann, daß sie die niedrigsten Temperaturen gebracht haben, die in späterer Kälte überhaupt vorkommen. So war der älteste Tag, den man in Berlin jemals seit dem Jahre 1719, am Beginn regelmäßiger meteorologischer Aufzeichnungen in der preußischen Hauptstadt, beobachtet hat, der 28. Dezember 1788 mit 29 Grad Celsius unter Null. Auf Grund einer zweihundertjährigen Erfahrung wird man also sagen dürfen, daß dieser Kältegrad für Berlin die niedrigste Wintertemperatur bildet, die hier möglich ist.

Im deutschen Nordosten kommen natürlich, dem hier stärker ausgeprägten Kontinentalklima entsprechend, noch niedrigere Temperaturen vor. So beträgt z. B. das absolute Minimum von Königsberg i. Pr. 30 Grad unter Null. Die allerniedrigste Temperatur, die man im Deutschen Reich überhaupt je beobachtet hat, wurde am 16. Januar 1893 zu Marggrabowa mit 36 1/2 Grad Kälte registriert. Man kann somit annehmen, daß dies, so ziemlich die äußerste Grenze ist, bis zu der bei uns das Quecksilber sinken kann. Noch niedrigere Temperaturen würde ja auch das gewöhnliche Quecksilberthermometer gar nicht anzeigen vermögen, da diese geäußerte Thermometerfüllung bekanntlich bei 39 1/2 Grad Celsius unter Null steht. Jedensfalls stellt, wie schon erwähnt, Marggrabowa zugleich den „Kältepold“ des Deutschen Reiches dar.

Doch selbst die in Masuren wahrgenommene abnorme Kälte ist noch weit entfernt von den niedrigsten Temperaturen, die in unserm Erdteil vorkommen können und vorgekommen sind. Inland hat noch weitans härteren Frost durchzumachen, wie ja die Winterkälte überhaupt um so intensiver wird, je weiter man südwärts in den europäisch-asiatischen Kontinent eindringt. Wahrend z. B. die Jahresdurchsicht von Null Grad in Europa das Forttag und die Stadt Hammfest berührt, verläuft sie in zumeist östlicher Richtung nach einem Punkte der ostasiatischen Küste, der auf gleicher nördlicher Breite mit Paris liegt. Petersburg i. Pr. verzeichnete an seinem überhaupt kältesten Tage 38, Mostau 3 und Archangel sogar 48 Grad Celsius unter Null. Selbst in Südrussland wird es oft genug ungemein kalt; Omsk hat trotz einer Lage an dem die Kälte mildrenden Schwarzen Meer ein Minimum von -17 und Tiflis von -29 Grad Celsius. Angesicht der Kälte des russischen Winters hält dieser nicht den mittleren europäischen Kältereord. Dieser ist ziemlich im unteren Teil des Schwedischen und beträgt 30 Grad Celsius unter Null. Eine solche wahrhaft artliche Kälte wurde am 13. Januar 1893 zu Sorole in der sowjetischen Provinz Norwland verzeichnet, und nicht viel geringer war die am gleichen Tage in Tosele, gleichfalls in Norwland, mit -36 Grad Celsius registrierte Kälte. Diese Extreme sind nicht mehr als zu weit von den allerniedrigsten Temperaturen entfernt, die auf der Erde überhaupt je gemessen worden sind. Sie stammen aus dem östlichen Sibirien, wo Jafutsk einmal 32 und zu Werchojansk sogar 70 Grad Kälte beobachtet wurden. Es ist das die überhaupt niedrigste Temperatur auf unserm Planeten, und die Gegend um Werchojansk bildet demgemäß den Kältepold der Erde. Aus der Polarregion sind so furchtbare Kältegrade nicht bekannt. Das Gebiet um Werchojansk (etwa von 60 bis 70 Grad nördlicher Breite und 130 bis 140 Grad östlicher Länge) hat eine mittlere Januartemperatur von 50 Grad unter Null. Der dort nur sechs Wochen dauernde Sommer, in dem Tiere gelegentlich 25 bis 30 Grad Wärme vorkommen, reicht nicht aus, um den Boden völlig aufzutauen; von einer gewissen Tiefe in ist dort das Erdreich ewig gefroren.

Ungefähr günstiger als der Osten ist die westliche Hälfte Europas daran. Paris z. B. verzeichnete an seinem überhaupt kältesten Tage -24 Grad, während es in Madrid noch nie kälter als -13 Grad gewesen ist. Lissabon hat überhaupt nur einmal seit Menschenbeginn 1 Grad Kälte, und auch in dem zwar viel nördlicher gelegenen, aber gleichfalls überaus milden Irland hat Valentia als Minimaltemperatur -4 Grad Celsius zu verzeichnen. Norwegen, das unter dem Einfluß des Golfstromes sich eines für seine südländische Lage ganz besonders milden Klimas erfreut, erreicht in seinen südländischen Landesteilen bei weitem nicht so niedrige Temperaturen wie das mittel-europäische Festland. So betrug das absolute Minimum in Bergen nur -15, bei den Lofoten, wo gerade die Golfstromströmung ausläuft, -11 Grad, in Christiania allerdings -20 Grad Celsius.

Auch im Bereich des Mittelmeeres, an den Küsten Südpantens und Süditaliens, Griechenlands und der Mittelmeerinseln, kommen gelegentlich Kälte vor; sie sind aber niemals von langer Dauer und nicht schärfer als von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen, unsere leichten Hauptkälte.

Ein Nachlassen der sibirischen Kälte, die sich in den letzten Wochen recht unangenehm bemerkbar machte, scheint jetzt einzutreten. Heute morgen zeigte das Thermometer nur sechs Grad unter Null, gegen 14 gelangt um die gleiche Zeit. Hoffentlich neigt sich die Kälteperiode damit ihrem Ende zu.

Ein erhebliches Schadensfeuer kam in der letzten Nacht kurz vor 8 Uhr im Doppelhaus Fleischhauerstraße 5 zum Ausbruch. Dort befindet sich das Geschäft von Julius Krause, eine Handlung photographischer Apparate und dazugehöriger Artikel. Als die Feuerwehr erschien, brannten beide Dachstühle. An den Löscharbeiten beteiligten sich sowohl die Mannschaften der Haufe feuerwehr als auch die Mannschaften der St. Lorenz-Wache, und ihrer angestrengten Tätigkeit gelang es, in etwa einer Stunde die Gefahr des Weiterumschlags des Brandes zu beseitigen. Der angerichtete Materialschaden ist bedeutend, zumal auch die im Laden befindlichen wertvollen Apparate stark durch Wasser geschrift haben. Wie das Feuer entstanden ist, konnte noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden, doch nimmt man an, daß ein überheizter Ofen die Ursache gewesen ist.

Gefährliche Fahrt. Der kürzlich in Lübeck eingelaufende deutsche Dampfer „Neolus“ traf auf der Reise von Narvik nach Lübeck in der Nähe von Stavanger am 16. Januar vormittags mehrere Torpedoboote zu, von denen zwei die Bezeichnung „G 76“ und „G 29“ trugen. Die Besitzer machten den Versuch, den Dampfer aufzuhüpfen, was ihnen jedoch durch die Manöver des Dampfers, der den Hafen Grundstück als Notrhef anließ, unmöglich gemacht wurde. Hier kam der Kapitän des norwegischen Torpedoboots „Garn“ an Bord des „Neolus“ und nahm ein Protokoll über den Vor-gang auf. Er erzählte dem Kapitän, daß die Besitzer englischer Nationalität seien und schon seit einigen Tagen zusammen mit englischen Unterseebooten an der Küste gesichtet worden seien.

Kettlose Waschmittel. Der Kriegsaufschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette gibt bekannt: Die an sich begrüßenswerte Erscheinung, dem bestehenden Seifenmangel durch Herstellung fettoloser Waschmittel zu steuern, hat leider manche Mißstände an den Tag gebracht. Die Fabrikation von sogen. Seifenfrei, marktfreiem Waschpulpa oder Schmierseifenpulpa, wurde bald von vielen unberufenen Elementen unternommen, die meist über ausreichende Sachkenntnis noch über die für eine zweckmäßige Herstellung notwendigen Betriebsanrichtungen verfügten. Trotzdem die Qualität der Ersatzseife an sich keinen großen Anreiz für die Verwendung bot, wurde der Absatz dadurch unterstützt, daß das Publikum oft auf diese Mittel angewiesen war und ohne Kritik auch minderwertige Ware annahm. Auf diese Weise konnte sich die Fabrikation fettoloser Waschmittel in vielen Fällen zu einem eintümlichen Geschäft gehalten, das viele mit seinen Verdienstmöglichkeiten verdeckt.

Leider hat die Qualität der Fabrikate mit der an Umfang immer mehr zunehmenden Herstellung eine Verbesserung nicht erfahren, so daß aller Vorauflage nach ein Gingreifen zu erwarten ist, daß nicht nur hinsichtlich der Qualität sondern auch hinsichtlich des Preises realisierend wirken muß. Es kommt hinzu, daß das Bedürfnis nach solchen Waschmitteln scheinbar endet ist, so daß auch von diesem Gesichtspunkt eine weitere Unterstützung der Fabrikation sich nicht als notwendig erweist.

Mit dieser kommenden Entwicklung steht der Umstand, daß sämtliche Neuerungen geschafft werden und auch von Kapitalisten immer neue Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, nicht im Einklang. Es ist bedauernlich, daß sich auf diese Weise Verluste oft nicht vermeiden lassen.

Postsperr für private Einschreib-Pakete. Vom 7. Februar ab ist wegen Betriebschwierigkeiten die Einschreibung bei Privatposten ausgeschlossen.

Das Waagenhand nimmt die diesjährige Gesuche um Aufnahme am Montag, dem 19. Februar, vormittags 9 Uhr, entgegen. Taufchein, Impfschein und Zeugnisbuch sind dabei vorzulegen.

Handelsregister. Am 6. Februar 1917 ist eingetragen die Firma A. O. Klingenberg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck, Gründendes des Unternehmens: Der Betrieb von Spedition-, Kommissions-, Agentur-, Schiffsmakler- und Reedereigeschäften insbesondere die Weiterführung des erworbenen Geschäfts F. O. Klingenberg, Lübeck mit dessen Zweigniederlassungen bzw. Gesellschaften in Hamburg, Bremen und Stettin. Stammpatent: 200 000 M. Gesellschafter: Wande, Johann Gottfried Oscar, Peter, Hans Friedrich Kaufleute in Lübeck. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftertrag ist am 26. Januar 1917 festgestellt. Die Gesellschafter sind durch zwei Gesellschafter vertreten. Jeder Gesellschafter ist verpflichtet, die Gesellschaft allein zu vertreten. Die Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.

Stadttheater. Man schreibt uns: Am Sonnabend findet das Bühnspiel zweier Künstler vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg statt, an den die bedeutendsten Darsteller dieser Bühne gehören. — Gari Wagner ist jedem Lübecker, der ihn und wieder Dambinger Theater kennt, längstens auf das vorteilhafteste bekannt, da er schon seit der Aera des Intendanten Berger zu den allerbesten Darstellern Hamburgs zählt. Hilde Kloth, die erst seit wenigen Jahren in Hamburg tätig ist, hat es in dieser Zeit verstanden, sich so rasch in die Gunst des Publikums einzuspielen, daß ihr Name auf dem Theaterzettel genügt, jedem Stück, in dem sie spielt, das reale Interesse zu fördern. Das Werk, in dem die beiden Künstler agieren, hat Gari Wagner selbst verfaßt und ist von der Hamburger Presse mit einstimmiger Anerkennung bewertet worden.

Hamburg. Deutsche Schiffe in amerikanischen Häfen. Vor einem Jahre hat die „New Yorker Staatszeitung“ eine Liste der in den Häfen der Vereinigten Staaten liegenden Schiffe veröffentlicht. Danach befinden sich dort:

Hamburg-Amerika-Linie: „Vaterland“, New York, 54 282; „Amerika“, Boston, 22 622; „President Lincoln“, New York, 18 180; „President Grant“, New York, 18 060; „Cincinnati“, Boston, 16 339; „Pennsylvania“, New York, 13 335; „Bulgaria“, Baltimore, 11 440; „Hamburg“, New York, 10 531; „König Wilhelm II.“, New York, 9408; „Bohemia“, New York, 8414; „Rhæta“, Philadelphia, 6600; „Prinz Oskar“, Philadelphia, 6228; „Armenia“, New York, 5464; „Treadia“, Norfolk, 5454; „Pisa“, New York, 4790; „Prinz Joachim“, New York, 4787; „Prinz August Wilhelm“, New York, 4733; „Prinz Eitel Friedrich“, New York, 4630; „Allemannia“, New York, 4610; „Saxonia“, Seattle, 4414; „Sibilia“, Baltimore, 3535; „Sarria“, Seattle, 4402; „Großfürst“, New Orleans, 3134; zusammen 248 301 Tonnen und 35 Dampfer.

Der Norddeutsche Lloyd hat 12 Dampfer stillgelegt, die zusammen 147 887 Tonnen haben: „George Washington“, New York, 25 570; „Konigin Sophie“, Boston, 19 503; „Kaiser Wilhelm II.“, New York, 19 361; „Großer Kurfürst“, 13 102; „Barbarossa“, New York, 10 984; „Prinzessin Irene“, New York, 10 993; „Friedrich der Große“, New York, 10 771; „Rhein“, Baltimore, 10 058; „Nord“, Baltimore, 9835; „König“, Boston, 7409; „Wittkond“, Boston, 5640; „Willehad“, Boston, 4761.

Die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft ist mit 8 Dampfern und einer Tonnage von 48 726 Tonnen vertreten: „Jupiter“, Norfolk, 10 073 Tonnen; „Delphin“, Norfolk, 7120; „Bussalo“, San Francisco, 6631; „Phœbus“, San Francisco, 6268; „Toma“, New York, 5469; „Rhems“, Philadelphia, 4046 und „Zeppelin“, New York, 4045.

Das sind zusammen 444 916 Tonnen. Zu Beginn des Krieges war diese Ziffer noch größer. Aber schon im September 1914 wurden sieben Schiffe der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft mit 27 278 Tonnen auf amerikanisches Register

angefüllt. Außerdem hat die österreichische Reederei "Austro-American" (Triest) sieben Dampfer mit 35 780 Tonnen in den Hafen der Vereinigten Staaten liegen.

Gästetrom. Gestern Abend gleich nach 6 Uhr wurden die Feuerwehren alarmiert. Ein weit hin sichtbares Feuerwerk bestand aus ca. 4 Kilometern von der Stadt entfernt gelegene, dem Gasthof Gustav Porowski vornehmlich Gasthof "Gleinerburg" als Brandort. Bei Entfernung der Feuerwehren war das Wirtschaftsgebäude bereits total heruntergebrannt. Das in dem Gebäude untergebrachte Wehr konnte somit gerettet werden. Da auch die Restaurationsabteilung gefährdet war, wurden sämtliche Möbel ins Freie geschafft; es gelang den Feuerwehrmännern jedoch trotz der Höhe der Räume bei heftigen Wetterlagen dieses Gebäude zu retten. Nur der an das Wirtschaftsgebäude stoßende Teil des Hauses hat durch das Feuer gelitten. Das Feuer wurde von Gästen bemerkt, die gegen 6 Uhr den Ausflugsort verließen; viele von ihnen beteiligten sich an den Retterarbeiten. Als Entschuldigung wird ein schwachsinniger Schornstein angenommen. Auch hier scheint ein eindrucksvoller Schaden entstanden zu sein, zumal mittlertags nicht sicher ist.

Bremen. Schließung der Schulen. Die Schließung sämtlicher städtischen Schulen in der Stadt und im Landkreis ist wie den Bremischen Nachrichten mitgeteilt worden, in Aussicht genommen. Der Grund ist in der Kohlnefeuerung der Stadt auf die wegen der großen Nähe besondere Rücksicht genommen werden muss zu tun. Es sind noch eindrucksvolle Vorräte im Hause vorhanden, auch kommt aus dem Kali-Kohlenschiefer die Nachricht, dass größere Anzüge für Bremen zu erwarten sind; doch muss alles sofort umgesiedelt werden. Der Antrag

musste auf die Notlage der älteren Leute Rücksicht genommen werden. Deshalb ist es besser, die Schulen zu schließen, damit Bremen einem ewigwährenden Kohlenmangel möglichst vorbeugeht. Als weiterer Grund für eine Schließung der Schulen kommt hinzu, dass bei der niedrigen Temperatur die Gefahr einer Reichsdurchsetzung der Feuerwehr ansteigt, die nachher in dieser Zeit kaum wieder in Ordnung zu bringen wäre, zu befürchten ist. Weiter sollen in den verschiedenen Städten viele kleine Verkaufsstellen für Kohlen eingerichtet werden, damit sie keinen Feuer schnell Kohlen erhalten können. Auch die übrige Bevölkerung soll entsprechend berücksichtigt werden, weil viele Händler bereits an Kohlenknappheit leiden. Es ist nicht ungewöhnlich, dass auch andere staatliche Betriebe geschlossen werden müssen, wo u. vielleicht auch das Städtische Museum anhören dürfte.

Aus Nah und Fern.

Sieht die Jungen! Verschiedene Generalstabskommandos sehen sich veranlasst, neuerdings in Aufrufen zur größten Erfolgserzielung zu mahnen. Es ist verständlich, dass in so kritischen Zeiten sie gegenwärtig, eine ganze Menge Gerüchte auftauchen, die möglichst auf hohes Fortschreiten zurückzuführen sind. Das Generalstabskommando des 14. Armeekorps in Karlsruhe knüpft seine Warnung an die abenteuerlichen Gerüchte an, zu denen die Mobilisierung einiger Schweizer Divisionen Veranlassung gegeben hat. Das Generalstabskommando des 6. Armeekorps weist u. a. darauf hin: Trotz des umfassenden Spionagedienstes halten sich im Lande unter harmlosester Misere feindliche Fronten auf.

Ein verhängnisvoller Irrtum wäre es deshalb, zu glauben, dass die Spionagegefahr heute geringer sei, als in den ersten Kriegsjahren. Was öffentlich über militärische Dinge gesprochen wird, gesagt durch diese Sphäre ins Ausland! Was den meiste mächtig erstaunten Einschätzungen der Agenten können die feindlichen Nachrichtenstellen oft wertvolle Schätze auf unsere Vorbereitung zeigen. Wer daher öffentlich militärische Nachrichten aussandt oder sie auch nur den nächsten Bekannten unter dem Siegel der Verschwiegenheit weitergibt, durch die sie höchstwahrscheinlich in die Offenbarkeit gelangen, begeht unter Umständen fahrlässigen Landesverrat.

Die Explosion in Archangelsk. Die russischen Blätter enthalten ausführliche Nachrichten über die neue Explosion im Hafen von Archangelsk. Das Unglück scheint hinter der ersten Explosion nicht zurückzuführen. Eine gewaltige Explosion löste die andere ab. Ebenso schnell verpflanzt sich der Brand von Schuppen zu Schuppen. Durch den Brand wurde die ganze neue Hafenanlage zerstört, die erst während des Krieges angelegt wurde. Die Anzahl der ums Leben gekommenen Menschen ist ungeheuer groß. Große englische Dampfer sind zerstört und gesunken. In weitem Umkreis sind Gebäude beschädigt worden.

Strenge Kälte in Paris. Nach Pariser Blättern fiel gestern die Temperatur auf Minus 15 Grad, was seit manig Jahren nicht mehr der Fall war. An Veroort waren sogar Minus 22 Grad.

Verantwortlich für die Rubrik "Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwitz, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellin. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 9. Februar bis 17. Februar 1917 gelangen an jede bis zum 26. Januar 1917 zur Kundenliste angemeldete Person zur Abgabe:

125 Gramm Käferflocken
zum Preise von 44 Pf. für 1/2 kg (1 Pf.)
auf den Abschnitt F. III des Lebensmittelbuches.

Die Ware ist bei demjenigen Klein-Händler zu entnehmen bei welchem die Anmeldung zu der neuen Kundenliste in der Zeit vom 23. bis zum 26. Januar erfolgt ist.

Die geliehenen Abdrücke in diese Verleihung (Nr. 15) haben die Verkäufer in der vorgeschriebenen Weise bis zum 21. Februar an die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle abzuliefern.
Lübeck, den 6. Februar 1917.

7204 Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der von der Kriegs-Hilfe erneutiglich überlassenen Kleingärten werden erlaubt, sich bis zum 15. d. Monats im Bureau der

Stadtgärtnerei, Mühlendamm 7,
nach Einsicht ihres Vertrages einzutragen.

Ersuchen von 1-3-6
und Sonntag den 11. Februar 9-1 Uhr.

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Abteilung Gemüsebau.

Waisenhaus.

Die Sechste am Antritt in das Waisenhaus sind von den Gläubigern aber den Angedachten der Kinder in Verleihung bestellt am Samstag, den 19. Februar, morgens 9 Uhr, im Waisenhaus einzubringen. Zur Zeit, Kindern und eines Erwachsenen des Kindes sind dabei einzutragen.
Die Vorsteherin des Waisenhauses.

Waisenhaus.

Ältere Waisenhauszöglinge welche sich im Laufe dieses Jahres zu verbergen beabsichtigen und sich mit dem Brauwalder Weg bewegen wollen, haben ihr identisches Geheim nicht herauszulegen, bis zum 1. Mai d. J. im Waisenhaus verdeckt einzutragen.

Die Vorsteherin des Waisenhauses.

Wer für seinen Sohn in China eine Stelle auf dem Lande sucht, unter H. 12 an die Verw. d. 41. (1722).

Ein jg. Jagdmädel
für 12. (1722).
Bauermeister Schatz.

2 große Sessel zu verkaufen.
Preis 100.- (1722).

110. Kleiderkasten.
Preis 100.- (1722).

Glasfenstereien

aller Art off.

C. Lenzheim, Glasfabrik.

Adressen 12-35. (1722).

110. Kleiderkasten.

Preis 100.- (1722).

Der neueste Kriegs-Atlas

mit 52 Karten von allen Kriegsschauplätzen des Weltkrieges ist eingetroffen. — Preis 1.— M.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

F

ostmitte
großartig hinternd,
Paket 25 Pf.
Ferd. Kayser.

England und die
Sperrung der See
Preis 20 Pf.
Buchh. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Neu-Eintragung
in die Kundenliste
Markthallenstand 14-15
oder Moislinger Allee 15.

Hessies Volksbücherei

Jede Nummer kostet 20 Pfennig.

Es steht erschienen über 700 Nummern.

Hessies Volksbücherei enthält in gediegenster Ausstattung eine ganze Reihe von Verlen der Erzählungskunst. Neben wertvollen Beiträgen von älteren, bewährten Dichtern sind reichlich Schöpfungen anerkannter, erster Schriftsteller der Gegenwart aufgenommen, so von:

Anzengruber / D. Blüthgen / Helene Böhlaus
Otto Ernst / Max Entw / Gustav Falke
Ric. Huch / Wilh. Jensen / Max Krecher
Dess. v. Liliencron / Ch. Niess / A. v. Perfall
W. Raabe / Peter Rosegger / Frida Schanz
A. Trinius / Clara Viebig / Ernst Wichert
Arthur Zapf u. v. a.

handliches Format, große deutliche Schrift
und holzernes Papier.

Die meisten Nummern sind auch in hübschen Einbänden zu haben.
Vollständige Kataloge kostenlos zur Verfügung.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Der Friede und
die Internationale
Von Hugo Poetsch.

Preis 10 Pf.

Buchh. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Hansa-Theater.

Täglich abends 7 1/2 Uhr:

Autoliebchen

Operettenposse. Mus. J. Gilbert.

Stadttheater.

Mittwoch, den 7. Februar 1917

Anfang 7 1/2 Uhr:

Das Breimäderthaus

Operette von Fr. Schubert.

Donnerstag, d. 8. Februar 1917

Anfang 7 Uhr:

Egmont.

Von Goethe.

Music von Beethoven.

Freitag, den 9. Februar 1917

Anfang 7 1/2 Uhr:

Boccaccio.

Operette von Fr. von Suppe.

Sonnabend, d. 10. Februar 1917

Anfang 7 1/2 Uhr:

Isara,

die Geschichte einer Liebe.

Von Karl Wagner.

Von der
Lehrmeister-Bibliothek
empfehlen wir besonders folgende Bändchen:

Das Einmachen der Gemüse ... 40 Pf.

Nr. 343-44.

Das Einmachen der Früchte ... 20 Pf.

Nr. 3.

Grate u. Aufbewahrung des Obstes 40 Pf.

Nr. 55-56.

Die Fruchtzuckerbereitung ... 20 Pf.

Nr. 345.

Verwertung d. Honigs im Haushalt 20 Pf.

Nr. 77.

Blätter ... 20 Pf.

Nr. 300.

Billige Fleischersättigung ... 20 Pf.

Nr. 320.

Kaninchensättigung ... 40 Pf.

Nr. 334-35.

Billige Fleischküche ... 40 Pf.

Nr. 350-51.

Ein Monat Arbeiterküche ... 20 Pf.

Nr. 46.

Vegetarisches Kochbuch ... 20 Pf.

Nr. 187.

Kochbücher und Kochbesteck ... 20 Pf.

Nr. 346.

Buchhandlung von

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Drucksachen aller Art

festigt an

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Wer sich für die

Geschichte Lübecks

interessiert, der lese die Werke von

Th. Schwartz

Bilder aus Lübecks Vergangenheit

sowie

Heinrich Paternostermaker

eine wertvolle Schrift aus Lübecks Geschichte im 14. Jahrhundert.

Da der Bezugspreis jetzt bedeutend ermäßigt ist, so ist es jedem möglich diese beiden wertvollen Bände zur Hausbibliothek anzuschaffen. Bestellungen nehmen entgegen unsere sämtlichen Kolportoure und Zeitungsaussträger sowie die Expedition des "Lübecker Volksboten".

Fr. Meyer & Co.,

Buchhandlung.

Johannisstraße 46.

An die Parteigenossen Schleswig-Holsteins und des Fürstentums Lübeck!

Parteigenossen!

In ernster Zeit, an dem Tage, an dem der unheilvolle Weltkrieg ausbrach, übernahmen wir die Pflicht, das Partei-gut in unserer Provinz zu wahren und, wenn es not tut, im Interesse der Organisation Beschlüsse zu fassen, die sonst nur der Bezirksparteiia zu fassen hat. Auch unsere folze, große und einige Partei ist von der Schwere der Zeit bitter betroffen worden. Gegen einen Teil dieser Gelehrten sind wir mehrlos, glücklicherweise aber haben wir noch die Kraft, unsere Pflicht gegenüber der inneren Parteizerrüttung zu tun. Die ersten Aufgabe soll folgende Entschließungen dienen, die wir hiermit allen Parteimitgliedern und den Organisationsmit dem Ersuchen um genaue Beachtung unterbreiten.

Angesichts der Spaltungsbestrebungen in der Partei, welche in der Konferenz der Opposition, die die Sprengung der Partei von innen heraus empfiehlt, ihren Höhepunkt gefunden haben, sind die berechtigten Vertreter der Gesamt-Parteivorstand und Parteiausschuss zu einem Beschluss gekommen, dessen Ergebnis den Parteigenossen aus dem Kreis des Parteivorstandes bekannt ist. Der unterzeichnete Bezirksvorstand hat sich insofern verpflichtet zu gehen, seinerseits zu der Frage Stellung zu nehmen, was in unseren Kreisen zu geschehen hat.

Gemeinsam mit den Vertretern der Kreise wurden folgende Richtlinien festgelegt:

Gruppen und Personen, welche durch bestimmte Handlungen ihr die Bestrebungen der Opposition bekunden, haben damit im Sinne des Organisationsstatus ihren freiwilligen Austritt aus dem Verbande der Gesamt-Partei erklärt.

Jeder Kreis- und Ortsverein hat demnach in jedem Fall, in dem derartige Handlungen beweisbar feststehen, die in Betracht kommenden Personen oder Personengruppen als nicht mehr auf dem Boden des Organisationsstatus stehend und darum als freiwillig aus der Partei ausgetreten zu betrachten. Es gilt das von der Übernahme einer Delegation, Bildung von Vereinen und Irkeln, Verbreitung von Listen oder Flugschriften, Hergabe von Geld für die Zwecke einer der Oppositionsgruppen, von Anträgen auf oppositionelle Beschlüsse in einer Parteikörperschaft, Verweigerung von Parteibeträgen und ähnlichem mehr.

Von derartigen Personen werden natürlich keine Beiträge mehr angenommen. Sie haben ebenso natürlich keine Rechte als Parteimitglieder und kein Recht, in irgend eine andere Parteorganisation aufgenommen zu werden, weil bei ihnen die Voraussetzungen des Organisationsstatus nachweisbar nicht mehr zutreffen.

Zuständig sind die Vorstände der Orts-, Kreis- und Bezirksorganisation. Sie haben die Pflicht, in jedem Falle den ausgeretenen wie die übrigen Genossen von der Entziehung zu verhindern. Sollte sich ein Ortsverein durch Mehrheitsbeschluss zur Opposition bekennen, so hört er auf sozialdemokratischer Seite zu sein. Sache des Bezirks und

des Kreises würde es in dem Falle sein, eine Neuorganisation der wirklichen Parteimitglieder zu schaffen.

Für die Führung der Geschäfte ist zu beachten, daß in der Diskussion und bei Belehrungen in Parteiveranstaltungen von Rednern oder Referenten der Minderheit nicht mehr die Rede sein kann, denn es ist bisher nicht üblich gewesen, Nichtmitgliedern der Partei Rechte einzuräumen, oder Aufgaben zuzuweisen. Im übrigen ist bei Meinungsverschiedenheiten das Recht der freien Rede unter Genossen zu achten, es wird jemand, der Ansichten der Minderheit teilt und sich als Redner dazu bekannt, so lange als Parteimitglied anzusehen sein, als er nicht eine der vorgedachten Handlungen begeht.

Wir sind getragen von dem Vertrauen, daß die Mitglieder der Partei verfehren werden, warum wir um der Einheit der Partei willen diese Richtlinien herausbringen müssten. Sie werden mit uns davon überzeugt sein, daß wir die bestehenden Statuten gewissenhaft beachten und nur das unbedingt Notwendige vorstellen. Die Erinnerung an die Folge Geschichte der Partei wird Ihnen wie uns den schweren Schritt erleichtern, den wir zum Wohle einer einheitlichen, klarenbewußten Arbeiterbewegung tun müssen und die Entschlossenheit geben, das hier festgelegte durchzu führen.

Die Vorstände des Bezirkes und der Kreise für Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck.

Kürbis, Adler, Bolter, Böckhoff, Fr. Schönfeld, Sievert, Alps, Hamelberg, Michelsen, Büll, Petersen, Stelling.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Der Landesvorstand für Sachsen rief auf den 8. Februar eine Sitzung der Landesinstanzen ein, um Maßnahmen zur Sicherstellung der normalen Parteitätigkeit zu veranlassen. Zu Beginn der Sitzung wurde eineklärung darüber verabschiedet, wer von den Anwesenden sich auf den Boden der Beschlüsse der Sonderkonferenz vom 7. Januar stelle. Die Mitglieder des Bezirksvorstandes Leipzig verweigerten jede Erklärung, ebenso der Bezirksvorsteher von Dresden, Genoss Flechner, und das Landesvorstandsmitglied Schulze-Kossebaude hatte schon vorher in einer Landesvorstandssitzung erklärt, daß er die Beschlüsse der Sonderkonferenz anerkenne und für sie wirken werde. Die übrigen Mitglieder des Landesvorstandes und der Bezirksvorstände wiesen jede Gemeinschaft mit den Beschlüssen der Sonderkonferenz zurück. Da die Opposition weiter im Sitzungszimmer verblieb, wurde die Sitzung anderweitig fortgesetzt, um über die zu treffenden Maßnahmen zu beraten. Am Sonntag stand auch eine Konferenz des Bezirksverbandes für die neuen östlichen Wahlkreise statt. Nach mehrmehriger, erregter Geschäftsordnungsdebatte wurde mit 19 gegen 9 Stimmen beschlossen, mit denjenigen Mitgliedern, die die Beschlüsse der Sonderkonferenz anerkennen, oder keine genügende Auskunft über ihre Stellung geben, jede Gemeinschaft und Weiterarbeit abzulehnen. Die hierauf Betroffenen beteiligten sich an der Abstimmung. Hierauf mußte der bisherige Bezirksvorsteher Flechner, zwei Vertreter aus dem 8. und ein Vertreter aus dem 9. Kreise die Sitzung verlassen. Dann wurde die Tafung tatsächlich erledigt und dabei bestanden, daß die Achtung vor der Anshaltung des einzelnen nach wie vor hoch gehalten werden soll.

Aus der Internationale. Der mit 18 gegen 11 Stimmen gefaßte Beschluss der französischen Partei, an der geplanten Tagung des Exekutivkomitees nicht teilzunehmen, wird in der norwegischen Parteizeitung lebhaft kommentiert. Der Kopenhagener "Social-Demokrat" sagt hierzu u. a.: "Der Beschluss des französischen Parteivorstandes zeigt in sich selbst, daß man es hier mit einem letzten vermeifelten Versuche zu tun hat, das abzuweisen, was sich nicht länger abweisen läßt - sofern man sich nicht außerhalb der Internationale stellen will. Die Summenzahlen zeigen, daß es nicht lange dauern kann, bevor

und alle jene Worte zurücknehmen, — o, ja ja — aber — Euch muß dies alles ja gleichgültig sein!"

"Ihr kennt jene Elisabetha, die Händlerin?"

"Ja. Habt Ihr sie auch gekannt?" fragte Sonja mit einiger Verwunderung.

"Katharina Iwanowna ist brüsk, sehr schwer; sie wird bald sterben", sagte Raskolnikow ausweichend und jene Frage nicht beantwortend.

"O nein, nein, nein!" Sonja ergriff unbewußt seine beiden Hände, als wollte sie ihn bitten, er möge jene nicht sterben lassen.

"Aber es wäre doch besser, wenn sie stirbt."

"Nein, nein; nicht besser, durchaus nicht besser!" wiederholte sie voll Entschluß und halb von Sinnen.

"Und Eure kleinen Geschwister, wo wollt Ihr sie hinbringen, als zu Euch selbst?"

"O, das weiß ich noch nicht!" rief Sonja, fast verzweifelt sich an den Kopf greifend. Offenbar möchte dieser Gedanke schon oft-mals in ihr selbst erwacht sein, sodass sie jetzt wiederum davon erschrak.

"Und wie, wenn Ihr auch noch bei Lebzeiten Katharina Iwanownas Krank würdet und ins Krankenhaus gebracht werden müßtet, was soll dann werden?" fuhr Raskolnikow erbarmungslos fort.

"O, was sagt Ihr da, was sagt Ihr da! Das kann doch nicht sein!" Das Antlitz Sonjas verzog sich in größtem Entsetzen.

"Warum nicht sein?" fragte Raskolnikow mit steinernem Lächeln, "seid Ihr etwa verkehrt? Was wird dann aus Euch werden? Man geht dann unter den großen Haufen auf der Straße! Sie aber wird husten und keheln und sich den Kopf gegen die Mauern stoßen, wie heute, und die Kleinen werden kommen! Sie wird zusammenbrechen und man bringt sie nach ihrem Stadtteil ins Krankenhaus, und dann ist es zu Ende, zu Ende —"

"O, Gott wird das nicht zulassen!" entrang es sich der besagten Brust Sonjas. Sie horchte gespannt und blieb bei ihrem Gebet auf ihn, ihre Hände mit flimmerndem Willen ringend, als ob von ihm alles abhänge.

Raskolnikow hatte sich erhoben und ging im Gemach auf und ab; eine Minute vertrat so; Sonja stand, die Arme und den Kopf in tiefstem Schmerz hängen lassend.

"Läßt sich denn gar nichts sparen, für schlimme Zeiten aufheben?" fragte er weiter, plötzlich vor ihr stehen bleibend.

"Nein," flüsterte sie.

"Natürlich nicht! Habt Ihr es denn schon versucht?" fragte er scharf.

"Ich habe es versucht."

"Und es ist nicht gegangen! Nun ja, freilich! Wozu mußte

nicht auch die französische Partei ihre übernationalistische Periode überstanden hat, und wieder zu der für eine Sichtsmeile zurückkehrte. Weiter führt das Blatt aus, daß es die gegenwärtige hoffnunglose Verwirrung noch mehr steigern würde, sollte man das her vorzwingen, was aus sich herauswachsen muss und will. Deswegen sei es am wichtigsten, die abweisende Haltung der französischen Mehrheit nicht allzu schwer zu empfinden. Vielmehr müsse man abwarten, bis sie selbst einseht, daß sie wieder sozialistische Politik treiben muß. — Der Stocoholmer "Social-Demokrat" sieht die Lage in gleicher Weise beurteilen zu wollen, denn er sieht seine Ausführungen mit den folgenden Worten: „Es ist offenbar nur eine Frage der Zeit, wann neue Versuche mit Erfolg geführt werden können. Man muss aber abwarten, bis die Sozialisten der östlichen Länder ihre gemeinsame Konferenz im Monat März abgehalten haben, wenn man die Sammlung einer wirklichen Internationale erwarte“.

Wirtschaftliches.

Die Zahl der schwedischen Industriearbeiter.

Das statistische Bureau des schwedischen Arbeitgeberverbandes hat nunmehr sein erstes Jahresbuch, eine Reihe statistischer Angaben über die Lohnverhältnisse des Jahres 1914 umfassend, erscheinen lassen. Daraus ist zu ersehen, daß Schweden im gesamten Jahre 364 845 Arbeiter hatte. Die von den durch die Statistik erfassten Unternehmungen bezahlten Löhne betrugen rund 36 Millionen Kronen.

Glasnot in den skandinavischen Ländern.

Wegen der großen Versteuerung und Schwierigkeit der Rohstoffbeschaffung der Nahrungsmittel, haben die zwei Fensterglasfabriken Danmarks und Norwegens — jedes Land bringt nur eine solche — ihre Betriebe einzstellen müssen. Da die Zufuhr aus Belgien eingeschränkt und die nach Norwegen gänzlich eingestellt worden ist, dürfte der Mangel an Banglas, besonders in letzterem Lande, sich sehr föhlbar machen.

Norwegische Einfuhr an Bedarfsartikeln.

Nach Norwegen wurden im vergangenen Jahre eingeführt: 193 941 Tonnen Getreide und Mehl, 81 935 Tonnen Zucker, 308 095 Tonnen Salz, 2 790 662 Tonnen Kohle und Kohl und 102 311 Tonnen Petroleum.

Folgen der Kohlennot in Norwegen.

In mehreren norwegischen Städten, ob wegen des großen Kohlen- und Kohlemangels, die Gemeinde- und Gewerbzölle sowie die kommunalen Badeanstalten geschlossen worden. Auch die Kirchen sollen bis auf weiteres geschlossen werden.

Finnlands Industrialisierung.

Einer Meldung aus Finnland folgt, daß der Handel austausch zwischen diesem Lande und Russland während des Krieges eine ungeheure Entwicklung erfahren. Als Finnland den deutschen Markt verlor und vom englischen abgeschnitten wurde, richtete es sich für den russischen Markt ein und begann gleichzeitig Rohstoffe aus Russland zu beschaffen. Nach derselben Meldung ist die finnische Ausfuhr von Stahl- und Gußeisenwaren in den beiden letzten Jahren auf 466 7 Tonnen von 964 Tonnen, an Maschinen von 1286 auf 3875 Tonnen, von Streichhölzern von 44 auf 755 Tonnen u. w. gestiegen. Mehrere Industriezweige sind neu entstanden.

Staatliche Wasserfälle in Norwegen.

Der norwegische Staat verfügt gegenwärtig über 48 Wasserfälle, deren Kraft bei vorher Regulierung auf 914 000 Pferdestärke gebracht werden kann. Im Staat sind neue Talsäume vorgesehen.

Aus dem Gerichtszaal.

Schmiergelder. Die Strafkammer zu Dresden verhandelte im 8. Februar auf Antrag des Vereins gegen das Bestechungsweisen, Sig. Berlin, gegen die Werkmeister Heinze und Bitter und gegen den Cintäuser Cuhn wegen Annahme von Schmiergeldern. Die beiden ersten wurden zu je 500 Mark, der legtgennannte zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Ferner wurden insgesamt 2600 Mark Schmiergelder für den sächsischen Staat beschlagnahmt.

ich überhaupt fragen!“ Wiederum begann er seinen Gang durch das Zimmer; es verirrte sich wiederum eine Minute.

Berdient Ihr nicht täglich Geld?

Sonja geriet noch mehr als vorher in Verwirrung, die Röte trat ihr noch stärker ins Gesicht. „Nein“, flüsterte sie endlich mit qualvoller Anstrengung.

„Mit Polenta wird es wohl nicht anders werden“, sagte er dann.

„Nein, nein, das kann nicht sein, nein!“ Wie eine Wahnsinnige, laut ausgeschreiend lief dies Sonja, als wäre sie sobeben mit einem Stecher verwundet worden. „Gott, Gott, sollt ein Graus wirst du nicht geben!“

„Er duldet noch ganz anderes.“

„Nein, nein! Gott wird sie schügen, Gott!“ wiederholte sie ihrer selbst nicht mehr mächtig.

Vielleicht gibt es gar keinen Gott“, beharrte Raskolnikow tüchtig und blieb lächelnd auf sie.

Das Gesicht Sonjas veränderte sich plötzlich in entsetzender Weise; es verzog sich im Kampf, mit unbeschreiblichem Zähneknirschen, blieb sie ihm an, sie wollte antworten, drängte aber nichts hervor und vermochte nur bitter, unsäglich bitter zu schlucken, während sie das Gesicht mit der Hand bedeckte.

„Ihr sagtet, der Verstand Katharina Iwanownas sei nicht mehr in Ordnung; der Eure ist es auch nicht mehr“, rief er nach kurzem Schweigen.

Es vergingen fünf Minuten; er ging ratlos auf und nieder, schweigend und ohne den Blick emporzuheben. Endlich trat er zu ihr hin; sein Auge funkelte. Er ergriff sie mit beiden Händen an der Schulter und schaute ihr in das tranenüberlaute Auge. Sein Blick war unbewegt, klar, scharf, und seine Lippen bebten stark. Plötzlich neigte er sich schweigend nieder, ließ sich zu Boden gleiten und küßte ihr die Füße.

Sonja war erschrocken vor ihm aufgesprungen, wie vor einem Wahnsinnigen; rückte in der Tat blau; er ganz wie ein Soldat.

Was tut Ihr, was tut Ihr? Vor mir das steht, schwante sie erschreckend, das Herz schlug ihr in angeheuem Weh.

Er erhob sich sofort wieder.

„Richt vor dir habe ich mich gebeugt, sondern vor all bestreide dir Menschheit“, sprach er hart und trat an das Fenster vor.

„Höre mich“, fuhr er fort, nach einer Minute zu ihr zurückkommend, ich habe schon einmal einem meiner Feinde gefragt, er sei noch nicht einmal Euren kleinen Finger wert; deßhalb habe ich heute meiner Gagatess die Güte gegeben, neben dem Fenster zu dastehen.“

(Fortsetzung folgt.)

